Weniger Unterschriften

Rechte fordern tiefere Hürden für Initiativen – Applaus von links

Für eine Initiative müssen in der Stadt Bern 5000 und im Kanton 15'000 Unterschriften gesammelt werden. Stadt- und Kantonsregierung sehen keinen Anlass, dies zu ändern.

Kaspar Haller
Aktualisiert 19.11.2024, 05:57

22

Braucht es in Bern für Volksbegehren zu viele Unterschriften?
Symbolfoto: Adrian Moser

Jetzt abonnieren und von der Vorteilsfunktion profitieren.
Abo abschliessen Login
BotTalk

In Kürze:

- In zwei Motionen fordern Politiker, dass die Hürden für Volksbegehren in der Stadt und im Kanton Bern gesenkt werden.
- In der Stadt Bern soll etwa die Dauer der Frist erhöht und die Anzahl notwendiger Unterschriften reduziert werden.
- In der Waadt sind die Hürden höher, während sie in Zürich deutlich tiefer sind.
- Die Kantons- und die Stadtregierung sehen keinen Handlungsbedarf.

In keiner Stadt wird so häufig abgestimmt wie in Bern. Nun soll die Anzahl benötigter Unterschriften für Initiativen und Referenden gar sinken, zumindest wenn es nach Tom Berger geht. Der FDP-Stadtrat will diese Zahl zudem prozentual an die Stimmbevölkerung koppeln. Aktuell muss eine Initiative von 5,9 Prozent der Stimmbevölkerung unterschrieben werden respektive von 1,8 Prozent bei einem Referendum.

Für die Initiative «Rasen für alle» sammelt Berger aktuell selbst Unterschriften für mehr Rasensportplätze auf dem Stadtgebiet. Und es wird knapp: «Wir haben etwas über 3000 Unterschriften und noch bis am 12. Dezember Zeit. Es braucht noch einen gewaltigen Schlusssprint», sagt er.

Tom Berger (FDP) fordert eine Kopplung der notwendigen Unterschriften an die Entwicklung der Stimmbevölkerung.
Foto: Franziska Rothenbühler

In der Stadt Bern sind 5000 Unterschriften für eine Initiative und 1500 Unterschriften für ein Referendum notwendig. «Eine gewaltige Hürde», wie es Berger nennt. In einer Motion, die nächste Woche im Stadtrat behandelt wird, fordert der Politiker denn auch nicht nur, dass die Anzahl nötiger Unterschriften gegen unten korrigiert wird, sondern auch, dass die Fristen erhöht werden sollen: von 6 auf 12 Monate bei Initiativen und von 60 auf 90 Tage bei Referenden.

Auch im Kantonsparlament wird die Anzahl benötigter Unterschriften für Initiativen und Referenden demnächst zum Thema. In einer Motion fordert SVP-Grossrat Nils Fiechter, dass sich der Kanton den Regeln des Kantons Zürich annähert. Für eine Initiative sind in Bern derzeit 15'000 Unterschriften notwendig, was 2 Prozent der Stimmbevölkerung entspricht. Für ein Referendum braucht es aktuell 10'000 Unterschriften. Im bevölkerungsreicheren Zürich sind hingegen nur 6000 Unterschriften für Initiativen und 3000 für Referenden notwendig.

Unterstützung von links

Laut Tom Berger lässt sich das Anliegen nicht auf der Links-rechts-Achse verorten. «Bei den Parteien am linken Rand habe ich mit meiner Motion offene Türen eingerannt», sagt er. Unterstützung erhält die Motion denn auch von der Alternativen Linken (AL). «Die Hürden sind zu hoch», sagt AL-Stadtrat David Böhner. Weniger relevant sei in den Augen der AL die Kopplung der Unterschriftenzahl an die Stimmbevölkerung. «Grundsätzlich geht es uns darum, dass die demokratischen Rechte ausgebaut werden sollen.»

Auch Rahel Ruch, Grossrätin und Co-Präsidentin des Grünen Bündnisses der Stadt Bern, findet es gut, dass das Thema im Stadt- und im Kantonsparlament auf den Tisch kommt. Sie sagt: «Die hohen Hürden führen dazu, dass nur grosse Parteien und Verbände eine Initiative stemmen können. Das hat einen prohibitiven Charakter.»

Rahel Ruch (rechts) diesen Frühling bei der Lancierung der Klimagerechtigkeitsinitiative mit Ursina Anderegg.
Foto: Raphael Moser

Im Vergleich zu anderen Städten und Kantonen seien die Bedingungen in Bern für die Unterschriftensammlung zu hoch. «In anderen Kantonen mit tieferen Hürden kommt es deswegen nicht zu massiv mehr Initiativen, was auch kaum ein Problem wäre. Es ist positiv, wenn sich mehr Leute beteiligen», sagt Ruch.

Andere Städte, andere Hürden

Das Gemeindegesetz des Kantons Bern schreibt den Gemeinden vor, wie hoch die maximale Anzahl Unterschriften im Verhältnis zur Stimmbevölkerung sein darf. Für Initiativen liegt dieser Wert bei 10 Prozent und 5 Prozent bei Referenden. Mit Burgdorf (10 Prozent), Köniz (7) und Biel (6,4 ab 2025) verlangen mehrere bernische Städte mehr Unterschriften als Bern (5,6). Auf der anderen Seite kennen Städte wie Zürich (1,3), Winterthur (1,4), Luzern (1,5) oder auch Thun (5) deutlich tiefere Quoren.

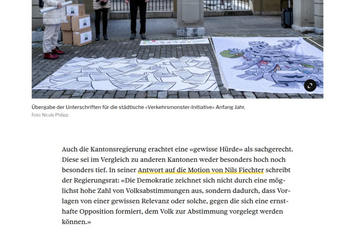
Auch auf Kantonsebene sind die Hürden mit 2 Prozent bei Initiativen und 1,3 Prozent bei Referenden im Vergleich eher streng. Zwar sind sie nicht so hoch wie in der Waadt mit 2,5 Prozent für Initiativen und Referenden. Im Gegensatz dazu sind sie in Kantonen wie Aargau mit 0,7 Prozent für alle Volksbegehren und Zürich mit 0,6 Prozent für Initiativen und 0,3 Prozent für Referenden deutlich tiefer.

Hürden seien «sachgerecht» und «verhältnismässig tief»

Keinen Handlungsbedarf sieht derweil der Berner Gemeinderat. Seit 2010 seien einzig drei Initiativen nicht zustande gekommen, während kein einziges Referendum im Sammelstadium gescheitert sei. Dies zeige, dass es in der Stadt Bern auch politischen Minderheiten gelinge, Volksabstimmungen zu erwirken.

Gemäss der Stadtregierung sind die institutionellen Hürden «bereits heute verhältnismässig tief». Eine Verlängerung der Sammelfrist hätte zudem verschiedene Nachteile, wie der Gemeinderat in seiner Antwort auf die Motion weiter ausführt. So bestehe bei Initiativen das Problem, dass «das Interesse an einem Thema verloren geht». Bei Referenden würde die Ausweitung der Sammelfrist den politischen Prozess insgesamt verlängern.

Die Koppelung der Unterschriftenzahl an die Anzahl Stimmberechtigter wäre laut Gemeinderat zudem mit höherem Aufwand verbunden, da diese regelmässig neu berechnet werden müsste. Die Stadt Biel, die bis Ende 2024 jeweils eine Unterschriftenzahl von 6,7 Prozent der Stimmbevölkerung bei Initiativen und 5 Prozent bei Referenden verlangte, wechsle aus diesem Grund per 2025 wieder zu einer festen Anzahl Unterschriften.



Übergabe der Unterschriften für die städtische «Verkehrsinsel»-Initiative» Anfang Jahr.
Foto: Nicole Philipp

Auch die Kantonsregierung erachtet eine «gewisse Hürde» als sachgerecht. Diese sei im Vergleich zu anderen Kantonen weder besonders hoch noch besonders tief. In seiner Antwort auf die Motion von Nils Fiechter schreibt der Regierungsrat: «Die Demokratie zeichnet sich nicht durch eine möglichst hohe Zahl von Volksabstimmungen aus, sondern dadurch, dass Vorlagen von einer gewissen Relevanz oder solche, gegen die sich eine ernsthafte Opposition formiert, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden können.»

Sowohl die Regierung des Kantons als auch jene der Stadt empfehlen die Vorstösse deshalb zur Ablehnung. Nicht ganz zur Überraschung von Tom Berger: «Das würde ich auch so schreiben, wäre ich in der Regierung. Dort hat man andere Möglichkeiten, die Politik zu beeinflussen.»

Zwar werde in der Stadt Bern durchaus oft abgestimmt, aber meistens gehe es dabei bloss um Kreditgeschäfte, die im Stadtrat ohne Gegenstimme und an der Urne mit einer hohen Mehrheit angenommen würden. «Ich würde lieber mehr über Initiativen und Referenden abstimmen als über das 128. Schulhausprojekt», sagt Berger.

Captured by FireShot Pro: 10 Juni 2025, 09:20:08
https://getfireshot.com